



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 14.09.2012

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	5/2012
Datum	Dienstag, dem 14. August 2012
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:05 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Herr Niels-Malte Bürgstein
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Diethöfer
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Dirk Friebe
Herr Benedikt Herget
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Herr Alexander Kitzmann
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Klaus Linek
Frau Dana Pastor
Herr Jörg Pohl
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Michael Reul
Herr Jürgen Schäfer
Herr Michael Schreier
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Herr Thomas Stöppler
Frau Viola Weigl-Franz
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Frau Rosemarie Wenzel

Magistrat

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Reiner Keim
Herr Manfred Lür
Herr Josef Pastor
Herr H. Michael Roth
Herr Volker Schadeberg

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

entschuldigt

Herr Tim Protzmann
Herr Guido Rötzer
Herr Christoph Zugenbühler

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 26.06.2012
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Fragen zu aktuellen Themen
5	DS 190/2012	Antrag der BBB-Fraktion: Senkung der Trinkwasserhärte in Bruchköbel
6	DS 191/2012	Antrag der BBB-Fraktion: Bekämpfung der Stechmückenplage in Bruchköbel
7	DS 188/2012	Antrag der FDP-Fraktion: Interkommunale Zusammenarbeit
8	DS 189/2012	Antrag der FDP-Fraktion: Bürgerhaushalt
9	DS 187/2012	Antrag der UFB-Fraktion: Einheitlicher Behörden Telefonservice 115
10	DS 168/2012	5. Änderung der Hauptsatzung
11	DS 180/2012	Dauerhafte Fortführung der Schulsozialarbeit im Main-Kinzig-Kreis
12	DS 182/2012	Bebauungsplan "Am Hasenpfad", Niedererisigheim Abwägung und Satzungsbeschluss
13	DS 183/2012	Außerplanmäßige Ausgabe: Flächenankauf Bahnhof Bruchköbel

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 34 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Wortmeldungen.

TOP 1	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 26.06.2012
-------	---

Zur Niederschrift haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet von einer Anfrage der UFB-Fraktion betreffend die „Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2011, bzw. zur Übertragung verschiedener Mittel in den Haushalt 2012/2013“, die er an den zuständigen Dezernenten weitergeleitet habe:

Weiter berichtet er von einer Anfrage der BBB-Fraktion betreffend Termine der städtischen Gremien während der Ferienzeit. Diese Problematik werde er auf die nächste Tagesordnung für das Präsidium nehmen.

TOP 3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--

Der Bürgermeister berichtet von zwei überplanmäßigen Ausgaben, die der Magistrat genehmigt hat. Bei dem Produktkonto Kanalbau Hauptstraße wurde einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 47.179,05 € zugestimmt. Die Deckung für das Produktkonto kommt aus der Zuweisung vom Land für den Kanalbau Hauptstraße. Dann berichtet er von einer überplanmäßigen Ausgabe aus dem Teilfinanzplan 2012 zum Kauf einer Tischfräse für den Bauhof, hier wurde eine überplanmäßige Ausgabe von 8.950,- € getätigt. Die Deckung erfolgte durch Einsparung beim Produktkonto Betriebsausstattung der Kindertagesstätten.

Weiter berichtet er von zwei interfraktionellen Sitzungen. In Durchführung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 26.06.2012 wurden bislang interfraktionelle Sitzungen durchgeführt, am 09.07.2012 und am 23.07.2012. In beiden Sitzungen wurde an der Umsetzung des gemeinsam gefassten Beschlusses zur Innenstadtentwicklung mit umfassender Bürgerbeteiligung gearbeitet. Ziel war es einen gemeinsam gewählten Weg aufzuzeigen, wie in Zukunft die zusätzliche Bürgerbeteiligung aussehen kann und soll. In der Sitzung vom 09.07. wurden hierzu Vorschläge der anwesenden politischen Vertreter gesammelt. Das Protokoll kennen Sie aus dem Bruchköbeler Kurier, wohin es auf wundersamen Wegen kam. In der Sitzung wurde festgehalten, dass man zunächst erst mal die Bürger in einer Art Brainstorming zu ihren Ideen und Vorschlägen befragen will. Aus den hieraus gewonnen Erkenntnissen will man dann zusammen mit den Mitgliedern der öffentlichen Bürgergruppe, also die ehemalige Arbeitsgemeinschaft, drei Konzepte zur Innenstadtentwicklung entwickeln, die auch mit Zahlen unterlegt werden und die Ergebnisse sollen dann in einem großen Forum Anfang des Jahres 2013 den Bürgern vorgestellt werden in sogenannten Bürgerworkshops. In der Sitzung vom 09.07.2012 wurden Übersichten an die Fraktionsvorsitzenden und im Magistrat verteilt, in dem die Bilanzwerte der Gebäude vom neuen Rathaus, Seniorentreff Mitte, Jugendzentrum, Spielhaus, Altes Rathaus, Bürgerhaus und von der Hauptstraße 30 und 30a sowie der Parkplatz und das Parkdeck, sowie deren Strom und Verbrauchskosten aufgeführt wurden. Des Weiteren wurden bezüglich des Beschlusspunkts Anpassung und Fortschreibung des Leitbildes Bruchköbel 2025 mit Umsetzungsplan mitgeteilt, dass die Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing sich bereits mit dem Thema befasst hat. Erste Arbeitsergebnisse werden nach der Sommerpause vorgestellt, die Ergebnisse sollen in politischen Gremien vorgestellt und diskutiert werden, um dann eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten.

Im zweiten Treffen am 23. 07.2012 wurde intensiv über diese Vorschläge gesprochen und man hat sich auf einen gemeinsamen Weg begeben, insbesondere gemeinsam beschlossen, dass ein Fragebogen vom Stadtmarketing erarbeitet werden soll. Der Fragebogen soll an alle Haushalte verteilt werden, ebenso soll dieser auf der Homepage der Stadt Bruchköbel platziert werden und natürlich in der Presse. Der Entwurf des Fragebogens wird in dieser Woche fertig gestellt und zur abschließenden Beratung in der nächsten interfraktionellen Runde gegeben. Der Termin für die nächste interfraktionelle Runde wird festgelegt für Montag den 27.08.2012.

Hinsichtlich der kürzlichen Anfrage zur Nahversorgung in den Ortsteilen berichtet er, dass ein La-

den in der Hanauer Straße in Roßdorf, ehemals Schlecker, wieder besetzt wurde mit einer Filiale der Firma Nahkauf. Initiatorin sei Frau Wilhelm, die damit ein gutes Angebot für den Roßdorfer Stadtteil vorhalten kann.

Weiter berichtet er von einer Anfrage der UFB-Fraktion, hier geht es um verschiedene Sachkonten im Haushalt, möglicherweise Katastrophenschutz, was aus der Anfrage nicht konkret heraus zu lesen war. Er bittet insofern um Erläuterung durch die UFB-Fraktion. Frau Seewald erklärt, es habe Differenzen in diesen Sachkonten in dem Übertrag von den Investitionen 2011 auf 2012 gegeben. Der Bürgermeister bittet dies schriftlich zu konkretisieren, damit eine Beantwortung erstellt werden kann.

TOP 4	Fragen zu aktuellen Themen
-------	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Fragen.

Für die Fraktionen von SPD, BBB, FDP und UFB fragt die Stadtverordnete Empter:

„Laut der Antwort des Magistrates vom 26.06. wurden aus der bezeichneten Haushaltstelle, Gesamtvolumen 325.000,- €, davon 225.000,- € vorgesehen für die Planungskosten der Neuen Mitte, bereits 214.750,- € entnommen. Darunter der seriös nicht nachvollziehbare Betrag von 158.700,- € für Rechtsberatung.

1. Wieso hat der Magistrat die Stadtverordneten weder am Sitzungstag, dem 26.06.2012, noch im Nachgang darauf hingewiesen, dass der zu TOP 7, DS 156/12 unter 2. gefasste Beschluss „Die in der Haushaltsstelle 0951100061200000 vorgesehenen Mittel dürfen in Höhe von 225.000,- € nur noch für die Umsetzung des nachfolgenden Beschlusses verwendet werden“ aufgrund der noch zu prüfenden Mittelverschwendung gar nicht mehr umsetzbar ist? Der Magistrat hat die Planungskosten für die Neue Mitte bereits auf 10.250,- € geleert.

2. Für welche konkreten Leistungen der Rechtsberatung wurden 158.700,- € verausgabt? Die Leistungsnachweise sind den Fraktionsvorsitzenden in Kopie vorzulegen.“

Der Erste Stadtrat Ringel antwortet, dass er sich zunächst einmal dagegen verwahre, dass Rechnungen einer namhaften Rechtsanwaltskanzlei seriös nicht nachvollziehbar seien. Das seien Ruf schädigende Äußerungen, die so hier nicht hingenommen werden können. Jede Rechnung die von unserem Hause bezahlt wird, werde mehrfach geprüft, abgezeichnet und somit von mehreren Personen hier im Haus auch nachvollzogen. Außerdem sei hier keine Mittelverschwendung betrieben worden, sondern Haushaltsmittel genau dafür eingesetzt, wofür sie beschlossen wurden. Im März dieses Jahres wurde ein Konzept zur Durchführung des Investorenwettbewerbs vorgestellt und die Mittel dafür eingestellt. Außerdem wurden dabei drei Bürgerversammlungen sowie die Durchführung mehrerer Arbeitsgruppensitzungen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mit eingeplant. Die Finanzplanungen der Verwaltung wären bei weiterer Durchführung des ursprünglichen Weges auch im Rahmen der bereit gestellten Mittel geblieben. Die Zusammensetzung des Projektteams zur Umsetzung des Vorhabens war und ist deutschlandweit „oberste Liga“ und würdig für ein Innenstadtentwicklungsvorhaben, wie es die Stadt Bruchköbel plant. Da in Zeiten leerer Kassen die Projektkosten weitestgehend auf die Investoren übertragen werden müssten, erfordere dies das Ausnutzen aller rechtlichen Spielräume. Dafür brauche man Fachleute, die das zum wiederholten Male machen und die das bestenfalls auch zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Forschung machen. Je weniger Geld wir also haben, umso sicherer müsse die Stadt solche Projekte gegen Risiken absichern. Die Verfahrensweise sei nachweislich richtig und alternativlos. Seit der aktuellen Beschlussfassung sei das Verfahren aber durch zusätzliche Fragestellung und Forderungen ausgeweitet worden, daher seien auch mehr Kosten angefallen. Es sei sogar ausgebremst und durch negative Presse in Frage gestellt worden. Das habe aber nicht der Magistrat zu verantworten, sondern es handele sich um die Ergebnisse parlamentarischer Beschlussfassung. Jede weitere Forderung in dem Verfahren koste zusätzliches Geld. Dieses Geld sei nicht vorhanden und müsse nachträglich genehmigt werden. Dem Magistrat sei bis heute nicht klar, wie weit das Verfahren überhaupt vom Parlament noch aufgeweitet werde, oder ob nicht doch das geplante Verfahren als ausreichend anerkannt werden kann. Dem Magistrat sei auch nicht klar, wie viel das Parlament beabsichtigt in dem Verfahren noch ausgeben zu wollen.

Man dürfe also dem Magistrat nicht Mittelverschwendung vorwerfen. Die Kanzlei erhalte einen Stundensatz, wie wir ihn auch mit anderen Kanzleien die für die Stadt tätig sind, vereinbart haben. Der Erste Stadtrat eröffnet die Möglichkeit, die Unterlagen zur Rechnungsstellung, insbesondere die Stundennachweise einzusehen. Kopien seien leider nicht möglich, da die Kanzlei nicht zugestehen von deren Unterlagen Kopien zu verbreiten.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Rabold zunächst zur eben gegebenen Antwort. Die erste Frage sei überhaupt nicht beantwortet worden. Auch gehe es jetzt um die Höhe einerseits und die Güte der Ergebnisse andererseits. Der Erste Stadtrat weist nochmals darauf hin, dass bei einer inhaltlich und verfahrensmäßigen Unsicherheit, die immer noch vorherrsche, derzeit niemand ernsthaft voraussehen könne, welche Ergebnisse sich aus den Diskussionen und damit welche Finanzbedarfe ergeben können. Insoweit sei der Verschwendungsvorwurf ungehörig. Die Ausgaben müssten auch in Beziehung zu den konservativ durchgeführten Verfahren gesehen werden. Insofern seien sie gering. Irgendwann, wenn die interfraktionelle Runde in den Ergebnissen konkret werde, könne in jeder Hinsicht besser geplant werden. Bei Verfahren, wie sie z.B. in Nidderau oder Hanau durchgeführt worden seien, seien ganz erheblich höhere Kosten angefallen.

Herr Rechholz fragt für die BBB-Fraktion:

„Obwohl hier schon beantwortet, teile ich folgende Fragestellung nochmals mit: Bei der letzten Sitzung zur Stadtentwicklung am 23.07.2012 konnte von Bürgermeister Maibach kein neuer Sitzungstermin benannt werden. Dieser sollte von ihm dann mit Frau Weber abgestimmt und kurzfristig an die Teilnehmer weiter gegeben werden. Nun sind über drei Wochen vergangen und es gibt hierzu keine weiteren Informationen des Bürgermeisters. Allerdings, und das ist der Grund warum ich es trotzdem zitiere, äußerte sich Bürgermeister Maibach in einer Mail vom 26.07.2012 zu einem Artikel im Bruchköbeler Kurier. Er stellte in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Ob und Wie des weiteren Vorgehens. Nachdem mittlerweile ein neuer Termin im Raum steht, bleibt tatsächlich die Frage, wie sich Bürgermeister Maibach die weitere Vorgehensweise vorstellt. Bleibt es bei den regelmäßigen Treffen, so wie wir es beschlossen haben, oder gibt es mittlerweile andere Vorstellungen?“

Zur zweiten Frage: In der Fortschreibung 2011 bis 2016 des Bedarfs- und Entwicklungsplans der Kindertagesbetreuung wird unter Punkt 4 und Punkt 7 ausgeführt, dass die Gebührensatzung für die Bruchköbeler Kindertagesstätten derzeit überarbeitet werde oder wird. Welche Vorstellungen und Aufträge hat der Magistrat der Verwaltung für diese Überarbeitung an die Hand gegeben?

- a) Für die nach eigenen Worten pflege- und personalintensive U3 Betreuung?
- b) Für die drei- bis sechsjährigen Kinder?
- c) Für die Betreuung der sechs- bis elfjährigen Kinder?“

Der Bürgermeister antwortet, dass alle Beteiligten hinsichtlich der Sitzungsfolge zur Neuen Mitte an der Sache dran bleiben wollen. Auf Einwurf beklagt der Bürgermeister, dass interne Papiere an die Öffentlichkeit gelangt seien.

Zur Anfrage hinsichtlich des Bedarfs- und Entwicklungsplans berichtet er, dass die Gebührensatzung für die städtischen Kindertagesstätten letztmalig 2004 geändert wurde. Seit diesem Zeitpunkt sind die Gebühren für die Kindertagesstätten konstant und es hat keine Anpassung stattgefunden. Durch den Rechtsanspruch der Kinder unter drei Jahren, ab Sommer 2013, wurden bereits ab dem Jahre 2010 Betreuungsplätze für diese Altersgruppen installiert. In der jetzigen Gebührensatzung gibt es jedoch kein Gebührenmodell für diese Altersstufe. Für die Betreuung der Kleinkinder zahlen Eltern zurzeit soviel wie für die Kinder von drei bis sechs Jahren. Das kostenintensive Betreuungsangebot für die Kinder von eins bis drei Jahren erfordert jedoch ein eigenes Gebührenmodell. Die in 2009 in Kraft getretene Verordnung wird die Mindestvoraussetzung von Tageseinrichtungen für Kinder eine Erhöhung des Personalsschlüssels und eine Reduzierung der Gruppengröße in den Kindertagesstätten erforderlich machen. Des Weiteren wurden Betreuungszeiten, zum Beispiel in der Kita Süd, angepasst und Betreuungsangebote bzw. Betreuungsplätze im Hort und in den U3 Bereich ausgebaut. Der Entwurf für das neue Gebührenmodell umfasst die

notwendigen Angleichungen der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten, er basiert auf dem Gebührenvergleich der Kreiskommunen und berücksichtigt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 1999. Seinerzeit wurde beschlossen, dass der Mindestdeckungsgrad von 25 % nicht unterschritten werden darf. Die Finanzverwaltung hat hierzu mitgeteilt, dass im Moment ein Deckungsgrad von 19,6 % erreicht sei. Im Moment werde ein Gebührenmodell erarbeitet, was natürlich dann noch intensiv z.B. in einer interfraktionellen Runde, aber auch in der Kommission für Kinder, Jugend, Familie und Senioren beraten werden soll.

Herr Schäfer fragt für die FDP-Fraktion:

“Zum einen zum Thema neue Sporthalle Nord, hier bitten wir um Beantwortung folgender Fragen: Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Sporthalle Nord? Ist ein Abriss der Halle erforderlich, wie dies derzeit in Bruchköbel bei der Bevölkerung gemutmaßt wird? Welche Kosten sind bisher der Stadt entstanden durch die mangelhafte Erstellung der Halle? Wird mit weiteren Kosten für die Stadt gerechnet? Und wenn ja in welcher Höhe? Und letzte Frage zu diesem Thema, gibt es auch ein Konzept für das bevorstehende Winterhalbjahr, wie den Vereinen geholfen werden kann, wenn die Hallenfläche nicht zur Verfügung steht?

Die zweite Anfrage bezieht sich auf die Qualität von Straßenoberflächen. Alle Fraktionen sind ja angeschrieben worden von einem Bürger der Stadt und ich habe mich selbst dann auch mal ein bisschen umgeschaut und informiert, dazu folgende Fragen.

Ist bekannt, dass einige Straßen, bei denen die Oberfläche neu hergestellt wurde, zwischenzeitlich erneut Mängel aufweisen? Hier zum Beispiel die Walter-Rathenaustraße, Egerländer Str., Kirlweg, Memelstr., Hauptstr.? Erfolgten Qualitätskontrollen der eingebauten Materialien und wurden Gewährleistungsmängel an die ausführenden Firmen weitergereicht?

Der Erste Stadtrat antwortet, dass der Schuldezernent des Main-Kinzig-Kreises verfügt habe, dass die Sporthalle zu den Sommerferien wieder fertig hergestellt sein soll. Die Sporthalle war vor den Sommerferien fertig und kann seit dem 13.08.2012 wieder im allgemeinen Betrieb genutzt werden. Es ist also kein Abriss der Halle erforderlich, sie wird schon wieder bespielt. Der Stadt sind bislang keine Kosten entstanden. Die Halle ist noch nicht abgerechnet, es ist ein städtebaulicher Vertrag mit dem Main-Kinzig-Kreis geschlossen, der noch zur Abrechnung ansteht. Darüber hinaus befassen sich die Gerichte mit den Schäden, das heißt es sind Anwälte eingeschaltet auf Seiten der Versicherer und auf Seiten des Main-Kinzig-Kreises, um die gegenseitigen Interessen zu formulieren und zu verhandeln. Von daher gibt es auch noch keinerlei Kostenansätze für die Zusatzarbeiten, die erbracht werden mussten. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass Zusatzkosten auf die Stadt zukommen werden, weil es „sowieso Kosten“ gibt: Einzelne Bauteile, die im Rahmen der sparsamen Planung weggelassen wurden und nunmehr nachträglich eingebaut werden mussten, müssen nun eben nachträglich auch bezahlt werden. Die Bezahlung der unsachgemäßen oder nicht fachgerechten Bauteile werden als Gewährleistungssachen von den Versicherungen eingefordert werden.

Hinsichtlich der Straßenoberflächen, die im Dünnschichtverfahren (DSK Verfahren) saniert wurden, wurde schon mehrfach berichtet, dass es ein kostengünstiges Sanierungsverfahren sei. Bei diesem Verfahren wird eine 2 bis 3 cm starke Asphaltsschicht eingebaut die bereit nach wenigen Stunden wieder befahrbar ist. Das Verfahren kostet 10 % im Verhältnis zu dem was eine grundsätzliche Erneuerung kosten würde und zeichnet sich eben dadurch aus, dass lediglich die Oberfläche erneuert wird und eine Verbesserung im Unterbau nicht stattfindet. Das bedeutet, dass vorhandene Risse im Unterbau von Straßen auch wieder hervortreten können und es sich insofern auch nicht um Gewährleistungssachen handelt. Selbstverständlich überwacht die Bauverwaltung alle Arbeiten, die von den Baufirmen durchgeführt werden und es folgen auch Bauabnahmen nach Beendigung. Vor Ablauf von Gewährleistungsfristen werden diese Arbeiten alle noch mal nachgesehen. Wenn dann Mängel auftreten, werden diese auch angemahnt und behoben, wir weisen aber auch auf der anderen Seite die Anwohner darauf hin, dass wir bei diesen Sanierungsmaßnahmen keine grundsätzliche Erneuerung vornehmen, aber die Lebensdauer der Straße um acht bis zehn Jahren verlängert werde. Wir in der Bauverwaltung sind grundsätzlich froh, dass es das DSK Verfahren gibt, denn so lassen sich in finanziell schwachen Zeiten überhaupt noch flächige Sanierungen durchführen. Ich möchte daran erinnern, dass das Budget zur Erhal-

tion öffentlicher Straßen in Bruchköbel im letzten Haushalt noch mal um 100.000 € gekürzt wurde, das heißt 30 % wurden noch mal gestrichen.

Die UFB-Fraktion hat keine Fragen.

Sodann unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 20:40 Uhr die Sitzung und bittet das Präsidium in das Trauzimmer.

Um 20:56 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt, der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt mit 34 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 5	DS 190/2012	Antrag der BBB-Fraktion: Senkung der Trinkwasserhärte in Bruchköbel
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete Hormel spricht im Sinne des Antrags. Der Bürgermeister entgegnet, dass schon im Jahre 2010 in der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Ausführungen gemacht wurden. An den Grundvoraussetzungen, der Kosten- und Energieintensivität der tauglichen Verfahren habe sich nichts geändert. Mit der Einführung entsprechender Technik müssten durch die Wasserwerke voraussichtlich die Trinkwasserkosten gesteigert werden.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen (SPD, BBB, FDP, UFB) und 15 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE) mehrheitlich beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen und Kosten eine Enthärtung des Trinkwassers in Bruchköbel ermöglicht werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung soll möglichst in der darauf folgenden Stadtverordnetenversammlung berichtet werden.

TOP 6	DS 191/2012	Antrag der BBB-Fraktion: Bekämpfung der Stechmückenplage in Bruchköbel
-------	-------------	--

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrags. Der Bürgermeister wendet sich gegen das Ansinnen, da alleine die jährliche Grundgebühr für den Zweckverband EURO 50.000,- betrage und jeder einzelne Einsatz EURO 30.000,- koste.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen (SPD, BBB, FDP, UFB) und 15 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE) beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Stechmückenplage zu ergreifen.

- Es ist zu prüfen, ob sich eine Mitarbeit im Bekämpfungsverband der Kommunen Altstadt/ Limeshain/ Schöneck/ Nidderau oder mit anderen Kommunen im Kreisgebiet empfiehlt.

- Der Stadtverordnetenversammlung ist umgehend zu berichten.

Der Bürgermeister wendet sich noch einmal an die Stadtverordnetenversammlung und bemerkt, dass der Antrag keinerlei Hinweise auf die zugrundeliegenden Haushaltsstellen beinhalte und bislang für ein solches Projekt auch keine Haushaltsmittel eingestellt worden seien. Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass nur ein Prüfauftrag vorliege und sich alles weitere nach einem Bericht finde.

Der Stadtverordnete Schäfer trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird gebeten

1. Mit dem vom Land Hessen eingerichteten Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit Gespräche zu führen und auszuloten mit welchen Zuschüssen gerechnet werden kann bei entsprechender Zusammenlegung von Aufgaben.
2. mit Nachbarkommunen entsprechende Verhandlungen zu führen um zu entsprechenden Vereinbarungen bzgl. der Zusammenarbeit zu kommen.
3. eine Informationsveranstaltung in Bruchköbel mit dem Kompetenzzentrum zu veranstalten.“

Die Stadtverordnete Empter weist auf einen Beschluss aus dem Jahre 2011 hin und die Stadtverordnete Lauterbach meint, dass diese Sache im Haupt- und Finanzausschuss liege. Sie stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 19 Ja- Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP, UFB) und 15 Nein-Stimmen (SPD, BBB) in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die Stadtverordnete Braun trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten um in Bruchköbel einen sogenannten Bürgerhaushalt einzurichten. Der Bürgerhaushalt ist eine direkte Art von kommunaler Bürgerbeteiligung und fordert die Stadt zu mehr Haushaltstransparenz auf. Die Bürger sollen die Möglichkeit haben über bestimmte Teile mitzubestimmen und zu entscheiden.“

Die Stadtverordnete Lauterbach stellt einen Ergänzungsantrag und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt, zum – für das Thema Bürgerhaushalt zuständigen – Sachbearbeiter des Hessischen Städte- und Gemeindebundes Kontakt aufzunehmen und diesen im Rahmen einer Ausschusssitzung über die Zusammenarbeit mit der Stadt Nidderau zum Thema Bürgerhaushalt berichten zu lassen.“

Sie stellt weiter den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Stadtverordnete Baier stellt einen Änderungsantrag und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird gebeten

1. sich bei Kommunen, die bereits einen Bürgerhaushalt eingerichtet haben (bspw. Stadt Frankfurt am Main), über die gemachten Erfahrungen zu informieren.
2. Sofern die bei den befragten Kommunen gemachten Erfahrungen überwiegend positiv sind, ein Konzept zu erarbeiten, um in Bruchköbel....(weiterer Text siehe FDP-Antrag)“.

Abstimmung: einstimmig wird die Verweisung des Antrags, des Ergänzungsantrags und des Änderungsantrags in den Haupt- und Finanzausschuss beschlossen.

Der Stadtverordnete Weiss trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird gebeten, sich dem „Einheitlichen Behörden-Telefonservice 115“ entsprechend anzuschließen.“

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht gegen den Antrag und weist insbesondere auf die tatsächliche Übung z.B. bei der Stadt Gelnhausen hin. Letzten Endes sucht bei einem Anruf auf der 115 ein Unternehmen im Hessenfinder die entsprechenden Einträge der Kommune. Gelnhausen sei von einer pauschalen Abrechnung zu einer deutlich günstigeren fallweisen Abrechnung übergegangen, da diese Einzelfälle recht selten vorkommen. Die Verankerung der Telefonnummer des Rathauses bei den Bürgern durch ständige Kommunikation sei die pragmatischere Lösung.

Die Stadtverordnete Empter regt an, die Kosten für das Projekt zu ermitteln und stellt daher den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 10	DS 168/2012	5. Änderung der Hauptsatzung
--------	-------------	------------------------------

Der Stadtverordnete Rabold kritisiert den seiner Auffassung nach ausschließlich politischen Impetus des Antrags, da eine Stadt in der Größe von Bruchköbel nicht auf eine zweite hauptamtliche Verwaltungsspitze verzichten könne.

Abstimmung: bei 21 Ja- Stimmen (CDU, SPD, FDP) und 13 Nein-Stimmen (GRÜNE, BBB, UFB) beschlossen

Beschluss:

“Aufgrund des § 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I 2005, S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I 2011, S. 786) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel am folgende Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

Artikel I

§ 4 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

“Die Stelle des Ersten Stadtrates / der Ersten Stadträtin wird ehrenamtlich verwaltet.”

Artikel II

Die Änderung der Hauptsatzung tritt am 01. Oktober 2012 in Kraft.“

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 11 verlässt der Stadtverordnete Friebe im Sinne des § 25 II HGO den Sitzungssaal, damit sind 33 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

TOP 11	DS 180/2012	Dauerhafte Fortführung der Schulsozialarbeit im Main-Kinzig-Kreis
--------	-------------	---

Abstimmung: einstimmig bei einer Enthaltung (Hr. Reul) beschlossen

Beschluss:

Die Stadt Bruchköbel befürwortet, nur unter der Voraussetzung, dass alle Kommunen teilnehmen, die dauerhafte Fortführung einer flächendeckenden Schulsozialarbeit entsprechend der auf Kreisebene erarbeiteten Regelungen:

- Dauerhafte Fortführung des Projektes unter gleichen Bedingungen mit allen Vertragspartnern ab 01.02.2013; Angebot von „Sozialarbeit an Schulen“ an den Haupt- und Realschulen, integrierten Gesamtschulen sowie Beruflichen Schulen im Kreisgebiet
- Die Finanzierung der anstehenden Kosten soll weiterhin zu gleichen Teilen erfolgen (½ Kreis, ½ Kommunen) eine Drittelfinanzierung mit Beteiligung des Landes wird weiterhin angestrebt und würde den Kreis und die Kommunen entlasten
- Umlage des kommunalen Kostenanteiles nach Einwohnerzahl

- Einsatz der Schulsozialarbeit nach Schülerzahl an den Schulen

Entsprechende Mittel sind im Haushaltsplan dauerhaft einzuplanen. Die bisherige Kooperation der Schulsozialarbeit mit der kommunalen Kinder- und Jugendpflege (Jugendreferat) soll fortgeführt und erweitert werden.

Die neue Verwaltungsvereinbarung liegt dem Beschlussvorschlag bei.

Der Stadtverordnete Friebe wird zurück in den Sitzungssaal gebeten, es sind damit 34 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet ihm das Ergebnis der Abstimmung.

TOP 12	DS 182/2012	Bebauungsplan "Am Hasenpfad", Niederissigheim Abwägung und Satzungsbeschluss
--------	-------------	---

Der Erste Stadtrat erläutert die Vorlage. Der Stadtverordnete Hormel kritisiert im Zusammenhang, dass die Pachtverträge bereits gekündigt worden seien. Außerdem fehle die dingliche Absicherung des Fortbestands von Mehrzweckhalle, Sportplatz und nicht zuletzt des Gastronomiebetriebs Krebsbachau. Er stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung: einstimmig in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

TOP 13	DS 183/2012	Außerplanmäßige Ausgabe: Flächenankauf Bahnhof Bruchköbel
--------	-------------	---

Der Erste Stadtrat spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Rabold sieht Klärungsbedarf hinsichtlich des Betrages und der Parkplatzproblematik der Gaststätte. Er stellen den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr. Der Erste Stadtrat spricht gegen den Verweisungsantrag. Der Kauf müsse rasch vollzogen werden, damit noch im Jahre 2012 mit dem Bau und damit mit der Gesamtmaßnahme begonnen werden könne. Nur so könnten die Fördergelder abgerufen werden. Hinsichtlich der Parkplätze erläutert er, dass etwas nördlich des Bahnhofsgebäudes 70 Parkplätze entstehen.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 15 Ja-Stimmen (SPD ohne Hr. Friebe; BBB, Fr. Seewald), 17 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) und 2 Enthaltungen (Hr. Weiss und Hr. Friebe) abgelehnt

Abstimmung zum Antrag: bei 18 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP, Hr. Weiss) und 16 Enthaltungen (SPD, BBB, Fr. Seewald) beschlossen

Beschluss:

Bei dem Produktkonto 10521000.05000000 „Bau- und Grundstücksordnung“ wird gemäß § 100 Absatz 1 HGO der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 129.000 € zugestimmt.

Die Deckung erfolgt über den Jahresabschluss 2012 vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kommunalaufsicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, richtet der Stadtverordnetenvorsteher Worte des Dankes an den scheidenden Ersten Stadtrat Herrn Uwe Ringel und schließt die Sitzung um 22:05 Uhr.

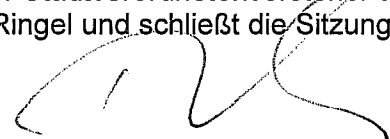
(Thomas Demuth)

Stadtverordnetenvorsteher

Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Telefon: 06181/ 975-221
Telefax: 06181/ 975-203

E-Mail: awaechtler@bruchkoebel.de
Website: www.bruchkoebel.de



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer

Seite 10 von 11